

## L-1 Vielfalt statt Integration - Du bist wichtiger als Deutschland

Antragsteller\*innen: Landesvorstand, Dimitra Kostimpas, Joel Keilhauer, Verena Wetzel

Bemerkungen: Beschluss vom 1.11.2011

angenommen     abgelehnt     \_\_\_\_\_

### 1 Präambel

In den vergangenen Jahren waren Debatten um das Thema Integration häufig Teil der Tagespolitik. Die GRÜNE JUGEND Bayern formuliert eine grundlegende Kritik an der Idee einer Mehrheitsgesellschaft sowie an den Konzepten Integration und Leitkultur. Denn gerade bei den Begrifflichkeiten in dieser Debatte ist eine Aufarbeitung notwendig. Sie wurden oftmals falsch verwendet, da sie nie den Zweck der Vielfältigkeit verfolgten, sondern stets Anpassung gefordert haben.

Wir möchten ein junggrünes Modell vorstellen, das alle Menschen gleichermaßen teilhaben lässt, das Barrieren abbaut und eine Gesellschaft schafft, in der Vielfalt akzeptiert und erwünscht ist.

### 11 Integriert euch! – Analyse der bisherigen Debatte

#### 12 Kritik der Mehrheitsgesellschaft

In der Integrationsdebatte wird häufig gefordert, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund ändern müssen, um an der Gesellschaft teilhaben zu können. Migrant\*innen, deren Kinder und Enkelkinder werden aufgefordert, sich in die deutsche Mehrheitsgesellschaft zu integrieren. Dass es eine deutsche Mehrheitsgesellschaft gar nicht gibt, wird dabei außer Acht gelassen. Bald jeder Fünfte in Deutschland lebende Mensch hat Migrationshintergrund, in manchen Großstädten sind es sogar fast 40% der Bevölkerung und bei Kindern ungefähr zwei-Drittel.

Deutsch-Sein wird häufig über Geburtsort, Hautfarbe, Sprache, Bekenntnis zum Grundgesetz, Staatsbürger\*innenschaft, Ahnen oder Zugehörigkeit zur christlich-abendländischen Leitkultur definiert. Auf diese Weise wird versucht, ein homogenes Konstrukt zu erschaffen – eine homogene deutsche Gesellschaft, der sich alle anpassen müssen. Es wird übergangen, dass dieses Konstrukt aber in der Realität nicht existiert. Die Münchner Wirtschaftsanwältin hat praktisch nichts mit dem alleinerziehenden Vater in Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam. Die Existenz der deutschen Aufnahmegesellschaft wird mit Referenz auf eine gemeinsame Kultur, Heimat und Sprache konstruiert und dient alleine der Ab- und Ausgrenzung.

**1. Kultur** Hauptsächlich geschieht die kulturelle Abgrenzung durch Begrifflichkeiten: Die „christlich-abendländische Leitkultur“ wird als höherwertig gegenüber „anderen Kulturen“ präsen-

30 tiert und wertet damit Menschen, die als nicht zum Christ\*innentum oder Abendland zugehörig  
31 betrachtet werden, ab. Als Angehörige\*r einer bestimmten „Kultur“ werden den Menschen be-  
32 bestimmte Eigenschaften zu- oder abgesprochen. Der bisher von vor allem bürgerlichen Kreisen  
33 überwunden geglaubte Rassismus erfreut sich neuer Beliebtheit – nun aber unter dem Deck-  
34 mantel der kulturellen Überlegenheit. Die GRÜNE JUGEND Bayern wendet sich ausdrücklich  
35 gegen diese neue Form des Rassismus und weist darauf hin, dass alle Individuen von ver-  
36 schiedenen Komponenten geprägt sind, die nicht kategorisierbar sind. Außerdem verneinen  
37 wir den Begriff Leitkultur, da er in hohem Maße abwertend ist.

38 **2. Heimat** Die GRÜNE JUGEND Bayern lehnt die Verwendung des Heimatbegriffs in po-  
39 litischen Diskursen ab. Heimat dient in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen häufig der  
40 Abgrenzung gegenüber Menschen, die nicht als Teil dieser Gesellschaft begriffen werden –  
41 sei diese Heimat nun in örtlichem, politischem, zeitlichem, kulturellem oder beliebig anderem  
42 Kontext gemeint. Eine solche Verwendung lässt Heimat exklusiv werden und verwehrt anderen  
43 Zugang und Partizipation.

44 Die GRÜNE JUGEND Bayern respektiert Heimat als persönliches Gut, wehrt sich aber ge-  
45 gen die Instrumentalisierung des Begriffs im Dienste einer strukturellen Politik der Ausgren-  
46 zung und des Beharrens auf überholten Vorstellungen.

47 **3. Sprache** Sprache ist als Mittel der Kommunikation bedeutend, um am gesellschaftlichen  
48 Leben und demokratischen Prozessen teilhaben zu können. Deutsch verstehen wir dabei als  
49 Sprache, die momentan von sehr vielen gesprochen wird und somit als Kommunikationsmittel  
50 hilfreich sein kann – ihr kommt aber kein Alleinstellungsmerkmal zu. Auch andere Sprachen  
51 oder Fortentwicklungen der Sprache können Basis des Miteinanders sein. Vor diesem Hin-  
52 tergrund muss es allen Menschen, die es wünschen, auf dem Gebiet der Bundesrepublik zu  
53 leben, ermöglicht werden, teilzuhaben. Ein einfacher Verweis auf das Lernen der deutschen  
54 Sprache reicht dazu nicht aus. Noch dazu gibt es nicht die eine deutsche Sprache – durch  
55 Unterschiede zwischen den verschiedenen deutschen Dialekten wird auch die Kommunikati-  
56 on zwischen Deutsch Sprechenden erschwert oder verhindert, so dass eine Konstruktion von  
57 Deutsch-Sein auch nicht über Sprache möglich ist.

## 58 **Integrationsbegriff**

59 In der migrations- und gesellschaftspolitischen Debatte ist die Forderung nach Integration fe-  
60 ster Bestandteil geworden. Zum einem ist das Konzept, das hinter dem Begriff Integration  
61 steht, höchst problematisch, da es von einer Aufnahme- und Mehrheitsgesellschaft ausgeht.  
62 Zum anderen wurde der Begriff Integration in den letzten Jahren immer stärker instrumen-  
63 talisiert. Statt „Ausländer raus“, heißt es nun „Integrationsverweigerer raus“ und das klingt  
64 dann auch vermeintlich plausibler. So werden rassistische Forderungen schöngeredet. Oft  
65 wird bestimmten Bevölkerungsgruppen dann mithilfe eines Kulturbegriffs nicht nur die Integra-  
66 tionsbereitschaft abgesprochen. Menschen mit Migrationshintergrund werden ausgeschlos-  
67 sen, stigmatisiert und Menschen, die längst Teil der Bevölkerung sind, zu Fremden gemacht.

68 Der Begriff Integration ist mit Voraussetzungen und überholten Vorstellungen von einer Auf-  
69 nahmegesellschaft belastet. Die GRÜNE JUGEND Bayern distanziert sich vom Konzept der  
70 Integration und fordert eine barrierefreie, inklusive und interkulturelle Gesellschaft.

71 Wir wehren uns gegen die Verwendung des Begriffs Integrationsverweiger\*innen. Die An-  
72 passung an konstruierte gesellschaftliche Normen kann nicht Bedingung sein für das Leben  
73 auf dem Gebiet der Bundesrepublik. Deutsche Staatsbürger\*innen, die gegen Gesetze ver-  
74 stoßen, werden auch nicht aus den Grenzen Deutschlands ausgewiesen. Für Migrant\*innen  
75 muss das auch gelten. Nur weil sie nicht in Deutschland geboren sind, dürfen keine anderen  
76 Maßstäbe verwendet werden!

## 77 **Übergang zur offenen Gesellschaft**

### 78 **Partizipation statt Integration**

79 Wir leben in einer pluralistischen Gesellschaft. Menschen sind verschieden und deshalb muss  
80 es jeder\*em möglich sein, Teil der Gesellschaft zu sein. Weitergehend soll Partizipation nicht  
81 nur möglich, sondern erwünscht sein. Wir wollen die Möglichkeit der Mitgestaltung für jede\*n,  
82 ohne vorher einen Prozess durchlaufen oder sich Regeln auferlegen lassen zu müssen.

83 Wir fordern eine inklusive Gesellschaft. Die Bevölkerung muss sich nicht Deutschland an-  
84 passen, sondern Deutschland der Bevölkerung. Es geht also um Barrierefreiheit im weiteren  
85 Sinne. Menschen mit Migrationshintergrund begegnen Barrieren in allen Lebenslagen. Sie  
86 werden nicht als Teil dessen gesehen, zu dem sie dazugehören. Sie sollen sich in Deutschland  
87 „integrieren“ und dann erst dürfen sie „mitspielen“. Dabei sind sie längst Teil von Deutschland.

### 88 **Interkultur**

89 Um Barrierefreiheit zu ermöglichen, dürfen keine Grenzen zwischen Kulturen gezogen wer-  
90 den. Menschen dürfen nicht auf eine ihnen zugeschriebene Kultur reduziert werden. Zum  
91 Beispiel gibt es nicht die deutsche, die türkische, die russische, die südländische oder die  
92 islamische Kultur. Es gibt keine Vielfalt an homogenen Kulturen, sondern eine Vielfalt an Men-  
93 schen. So sehen wir auch ein multikulturelles Gesellschaftskonzept problematisch.

94 **Variante 1:** Die Idee von Multi-Kulti schreibt Menschen eine im Wesen bestimmbare Kultur  
95 zu, der sie nicht entfliehen können.

96 **Variante 2:** Teile der Gesellschaft schreiben Menschen eine bestimmbare Kultur zu, der sie  
97 nicht entfliehen können.

98 Diese Idee von Kultur wirkt sich auf die hiesige Migrations- und Integrationsdebatte aus. Mit  
99 diesem Begriff wird Politik gemacht. Wo früher Rasse verwendet wurde, gebraucht man heute  
100 den Begriff Kultur. So seien einige Menschen kulturell nicht im Stande, zur „deutschen Ge-  
101 sellschaft“ zu gehören. Genauso werden in der Debatte Menschen „anderer Kultur“ häufig mit

102 Vorwürfen konfrontiert, angebliche Werte der christlich-abendländischen Leitkultur grundsätz-  
103 lich nicht nachvollziehen zu können und abzulehnen – sei das nun auf Gleichberechtigung,  
104 Religionsfreiheit oder Demokratieverständnis bezogen. Solchen Kulturrassismus lehnen wir  
105 ab und sehen Interkultur als Alternative: Institutionen müssen auf ihrer interkulturelle Offen-  
106 heit geprüft und entsprechend geöffnet werden. Unser Ziel ist eine offene Gesellschaft, die  
107 politisch, demokratisch und pluralistisch gestaltet werden muss.

## 108 **Modell einer vielfältigen Gesellschaft**

### 109 **Arbeit**

110 Menschen mit Migrationshintergrund treffen in der Arbeitswelt auf viele Probleme. Jugendliche  
111 auf der Suche nach Ausbildungsplätzen bekommen zu spüren, was es heißt, diskriminiert zu  
112 werden. Die Vergabe der Ausbildungsplätze spiegelt das deutlich wieder. Drei Monaten nach  
113 dem Abschluss der Schule, hat jede\*r Zweite ohne Migrationshintergrund einen Ausbildungs-  
114 platz. Bis jede\*r Zweite der Jugendlichen mit Migartionshintergrund einen Ausbildungsplatz  
115 hat, vergehen 17 Monate. Deutlich macht das auch die Zahl der abgeschlossenen Ausbildun-  
116 gen: Nur die Hälfte der 20 bis 24 Jahre alten Menschen mit Migrationshintergrund verfügt über  
117 einen Ausbildungsabschluss. Zudem ist die Arbeitslosenquote unter Menschen mit Migrations-  
118 hintergrund rund doppelt so hoch wie die unter Menschen ohne Migrationshintergrund.

119 Als Antwort darauf wird häufig gefordert, die Einwanderung auf hochqualifizierte Fachkräfte  
120 zu beschränken. Dabei wird im Kampf um die „besten Köpfe“ Einreise und Ausüben des Jobs  
121 gerne gewährt. Kann hingegen keine solche Qualifikation oder die Herkunft aus einem EU-  
122 Mitgliedsstaat nachgewiesen werden, sinken die Chancen, in Deutschland eine Arbeits- und  
123 Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen drastisch. So werden Migrant\*innen auf Humankapital  
124 reduziert.

125 Die Arbeitsplatzvergabe von staatlicher Seite ist am leichtesten zu beeinflussen. Immer  
126 noch sind Arbeitnehmer\*innen im öffentlichen Dienst häufig „deutscher Herkunft“. Die GRÜNE  
127 JUGEND Bayern fordert, vermehrt auch Arbeitnehmer\*innen mit Migrationshintergrund im  
128 öffentlichen Dienst einzustellen, um auch zum Beispiel in Behörden ein repräsentatives Abbild  
129 der Gesellschaft zu haben und als Vorbild für privatwirtschaftliche Unternehmen zu dienen.

### 130 **Zugang zum Arbeitsmarkt**

131 Wir fordern eine weitergehende Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen. Die  
132 bisherigen Maßnahmen auf Bundes- und Europaebene regeln nur wenige Berufe und die  
133 Hürden, die genommen werden müssen, sind weiterhin zu hoch. Inakzeptabel sind die Er-  
134 hebung von Gebühren für Anerkennungen oder Teilanerkennungen, bei denen ein Zusatz-  
135 nachweis erworben werden muss, um eine adäquate Ausbildung nachvollziehen zu können.  
136 Besonders im nicht-akademischen Bereich sind hier die Möglichkeiten der Anerkennung von  
137 Ausbildungen begrenzt. Bestehende Regelungen müssen vereinheitlicht und die bisherige Be-  
138 rufserfahrung berücksichtigt werden.

139 Die bestehende Situation führt dazu, dass Migrant\*innen häufig gezwungen sind, im Nied-  
140 riglohnsektor zu arbeiten, was äußerst schlechte Arbeitsbedingungen und eine starke Abhängig-

keit von wirtschaftlichen Schwankungen zur Folge hat.

Die GRÜNE JUGEND Bayern spricht sich für die umgehende Einführung von verpflichtend anonymen Jobbewerbungen aus, damit Bewerbungen nicht an einem ausländisch klingenden Namen scheitern. Bisher bestehende Lohnunterschiede zwischen Menschen mit und Menschen ohne Migrationshintergrund müssen im Zuge der Anti-Diskriminierung ausgeglichen werden. Insbesondere ist es unhaltbar, dass es Migrant\*innen, insbesondere Flüchtlingen, verboten wird, zu arbeiten. Dies erschwert es noch weiter, eine Existenz aufzubauen. Wir brauchen eine offene Gesellschaft, in der es sich lohnt, Mensch zu sein.

## **Bildung**

Leider verlassen Jugendliche mit Migrationshintergrund aufgrund von Diskriminierung – allgemein und auch strukturell im Bildungssystem – immer noch deutlich häufiger die Schule ohne Abschluss. Dadurch haben sie schlechtere Ausbildungschancen, besuchen wesentlich häufiger Förderschulen, die ihnen keine Perspektiven bieten und erlangen seltener die allgemeine Hochschulreife. Das selektive Bildungssystem ignoriert nach wie vor die Pluralität der Schüler\*innen und reproduziert soziale Ungleichheit.

Kompetenzrückstände der Schüler\*innen und Lehrer\*innen müssen durch individuelle Förderung aufgeholt werden. Das bayerische Schulsystem kann diese Forderungen nicht in die Tat umsetzen. Die Selektion von Kindern nach der 4. Klasse ist dabei einer der größten Hinderungsgründe. Daher fordert die GRÜNE JUGEND Bayern die Realisierung eines Gesamtschulkonzeptes. In einem solchen Umfeld können interkulturelle Kompetenzen weitaus besser erlernt werden, da die Schüler\*innen nicht „auf einen Nenner“ gebracht werden müssen und so auch ihren persönlichen Hintergrund behalten können. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert auch mit ihrem Beschluss „Gerechtigkeit braucht Bildung – Bildung braucht Gerechtigkeit“ (Oktober 2010), dass Bildung nicht vom gesellschaftlichen Stand, der Vorbildung und dem Hintergrund der Eltern abhängen darf. Es ist das Bildungssystem, dass Chancengleichheit schaffen muss!

Auch Erwachsenenbildung muss ungehindert von Sprachbarrieren ausgeweitet werden. Denn Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie ist unter anderem eine umfassende Allgemeinbildung. Wir fordern kostenlose Bildungsangebote für Menschen allen Alters und jeder Herkunft, die so konzipiert sein sollen, dass sie mit Arbeit und Familie vereinbar sind.

## **Sozialpolitik**

Die Verteilungsfrage ist ein Problem, das uns in den nächsten Jahren immer stärker beschäftigen wird. Menschen, die als Nicht-Deutsche kategorisiert werden, sind dabei oft benachteiligt. Die GRÜNE JUGEND Bayern stellt sich gegen rechtskonservative Hetze, die den Sozialstaat nur „Deutschen“ zugänglich machen will. Jede\*r hier Lebende hat ein Recht auf soziale Absicherung und Gesundheitsversorgung. Wohlfahrt ist für alle da! Gerade Asylbewerber\*innen leiden unter menschenunwürdigen Zuständen in den ihnen zugewiesenen Unterbringungen. Mangelnde medizinische Versorgung, Unfreiheit durch Residenzpflicht, Bevormundungen, massive Diskriminierung, schlechte Unterbringung und kaum Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung sind die traurigen Tatsachen, denen Migrant\*innen ausgesetzt sind. Wir

181 fordern deshalb die Abschaffung des Asylbewerber\*innenleistungsgesetzes, da wir der Mei-  
182 nung sind, dass Grundrechte an oberster Stelle stehen und wir menschenverachtende Maß-  
183 nahmen nicht tolerieren dürfen. Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen  
184 Leben sollte für alle Menschen selbstverständlich sein. Weg mit dem Lagerzwang!

185 **Variante 1:** Die Barrieren zum Sozialstaat müssen so niedrig gehalten werden, wie es ka-  
186 pazitätstechnisch und finanziell möglich ist. Der Zugang zu elementaren Sozialsystemen wie  
187 dem Gesundheitssystem und Sicherungssystemen zur Verhinderung von Leben unter der Ar-  
188 mutsgrenze muss für alle Menschen gewährleistet sein. Sie dürfen nicht von der Kenntnis der  
189 deutschen Sprache oder dem Besitz einer deutschen Staatsbürger\*innenschaft abhängen.  
190 Bürokratie darf niemanden davon abhalten, am Sozialstaat teilzuhaben.

191 **Variante 2:** Wer vom „deutschen Sozialstaat“ profitieren möchte, soll jederzeit die Möglich-  
192 keit haben, barrierefrei daran teilzuhaben. So darf zum Beispiel der freie Zugang zur Kranken-  
193 versorgung nicht von erworbenen Kenntnissen wie der deutschen Sprache oder Geschichte  
194 abhängen. Bürokratisierung und die damit verbundene Ausgrenzung darf niemanden davon  
195 abhalten, am Sozialstaat teilzuhaben.

196 Aber auch Migrant\*innen, die bereits die deutsche Staatsbürger\*innenschaft besitzen, sind  
197 von Diskriminierung betroffen: kaum Rente und unzureichende Versicherungen sind Phäno-  
198 mene, die häufig anzutreffen sind. Selbst wer in einem anderen Land in die Rentenkasse  
199 eingezahlt hat, hat wenig Chancen auf Anerkennung.

200 Sozialpolitisches Planen heißt auch Städte planen. Die inklusive Gesellschaft muss auch in  
201 der Stadtentwicklungspolitik mitgedacht werden. Daher gilt es sozioökonomisch homogenen  
202 Vierteln vorzubeugen und darauf zu achten, dass finanziell schwächere Viertel infrastrukturell  
203 nicht benachteiligt werden. Wir wollen, dass alle Menschen überall leben können.

## 204 **Religionen**

205 Nichtchristliche Migrant\*innen werden doppelt diskriminiert. Insbesondere der immer stärker  
206 werdende antimuslimischen Rassismus bereitet uns große Sorge. Muslim\*innen werden in un-  
207 serer Gesellschaft immer mehr stigmatisiert und ausgegrenzt. Sie sehen sich immer größerer  
208 Hetze von Rechtspopulist\*innen und konservativen Politiker\*innen ausgesetzt. Die erschrecken-  
209 de Erkenntnis, dass ein Großteil der Gesellschaft diesen Thesen zustimmt, muss Alarm-  
210 glocken läuten lassen! Die in Deutschland bestehende Religionsfreiheit muss unter allen Umständen  
211 gewahrt bleiben. Hierfür ist umfangreiche Bildungsarbeit notwendig.

212 Religiosität ist eine private Einstellung, von der das Sozialleben nicht abhängen darf. Die  
213 GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher die Abschaffung von konfessionellem Unterricht, der  
214 Kinder bereits sehr früh durch ihren Stundenplan nach Religionen trennt, sowie die Einführung  
215 eines allgemeinen religionswissenschaftlichen Unterrichts. Diese Bildungsmöglichkeit muss  
216 jedoch genauso für Erwachsene angeboten werden. Religionsunterricht ist, wenn gewünscht,  
217 von den religiösen Institutionen in eigenen Räumlichkeiten anzubieten.

218 Auch am Arbeitsmarkt, egal ob bei öffentlichen oder privaten Arbeitgeber\*innen, ist es nicht  
219 hinnehmbar, dass Menschen nach ihrer Religion diskriminiert werden. Insbesondere fordern  
220 wir die Abschaffung von Ausnahmeregelungen, die Kirchen als Arbeitgeberinnen genießen.  
221 Ein säkularer Staat ist die Grundlage für eine pluralistische Gesellschaft - wir fordern die  
222 Gleichstellung aller Religionsgemeinschaften.

## 223 **Sprache**

224 Die Verständigung untereinander setzt eine gemeinsame Sprache voraus. Meistens wird in  
225 Deutschland jedoch wie selbstverständlich davon ausgegangen, dass dies die deutsche Spra-  
226 che sein muss – für eine offene Gesellschaft ist dieser Zustand nicht tragbar.

227 Eine Verbesserungsmöglichkeit bietet die Erweiterung der Amtssprachen – Behördengän-  
228 ge müssen transparent und verständlich organisiert werden. Der Zugang zu staatlichen Lei-  
229 stungen darf nicht an bürokratischen Strukturen scheitern. Der Einsatz erfahrener Dolmet-  
230 scher\*innen sowie das mehrsprachige Angebot von Formularen und Information sind Grund-  
231 voraussetzungen. Als Hoheitsaufgabe der Länder sollte Bayern zumindest die gängigsten  
232 „Fremdsprachen“ als Amtssprachen führen.

233 Dennoch ist Deutsch die Sprache, die in diesem Nationalstaat am häufigsten gesprochen  
234 wird, weshalb es die Möglichkeit für Migrant\*innen geben sollte, an kostenlosen, freiwilligen  
235 Sprachkursen teilzunehmen. Solche Möglichkeiten muss es insbesondere auch für Kinder ge-  
236 ben, da es Eltern teilweise nicht möglich ist, ihren Kindern die deutsche Sprache beizubringen.

237 Bisher hängt die Benachteiligung von Migrant\*innen im Schulleben stark damit zusammen,  
238 dass viele Kinder zu Hause nicht in der deutschen Sprache erzogen werden, dies von den  
239 Schulen jedoch immer noch als Grundvoraussetzung für schulisches Lernen erachtet wird.  
240 Das Niveau des Deutschsprechens wird dabei mit der Leistungsfähigkeit der Kinder gleichge-  
241 setzt - ohne Berücksichtigung ihrer Fähigkeiten in ihrer eigentlichen Muttersprache. Da einige  
242 Kinder die Unterrichtssprache Deutsch nicht wie verlangt, beherrschen, fallen sie so in ihrer  
243 schulischen Entwicklung zurück, da sie nur mit Schwierigkeiten die erforderliche Lesekompe-  
244 tenz erlangen. Deshalb müssen als kurzfristige Konsequenz auch Möglichkeiten, dies zu ver-  
245 bessern, die sich bereits im Kindergarten bieten, genutzt werden. Das beinhaltet Sprachkurse  
246 und auch entwicklungspädagogische Schulungen für Erzieher\*innen, die eine multilinguale  
247 Erziehung der Kinder ermöglichen. Des Weiteren muss sprachfördernd geschultes Personal  
248 zu Verfügung stehen, um den Kindern einen sprachbarrierefreien Übergang in die Grundschu-  
249 le zu ermöglichen. Sprachförderung sollte, soweit nicht im Kindergarten ausreichend erfolgt,  
250 auch in der Schule weiterbetrieben werden.

251 Dies kann jedoch nur ein erster Schritt sein. Auf lange Sicht wollen wir Deutsch nicht länger  
252 als einzige Unterrichtssprache, sondern eine der Bevölkerung und ihrer(n) Sprache(n) ange-  
253 passen Schulbetrieb.

## 254 **Die deutsche Gesellschaft überwinden**

255 Im deutschen Rechtssystem werden häufig Rechte und Pflichten von der Staatsbürger\*innen-  
256 schaft abhängig gemacht. Diese kann und darf aber nicht Kriterium sein, denn wer hier wohnt,  
257 soll auch das Recht haben, gleichberechtigt zu anderen behandelt zu werden, ohne dass

258 sie\*er eine deutsche oder europäische Staatsbürger\*innenschaft innehat. Unter anderem hält  
259 das aktuelle Wahlrecht viele Menschen davon ab, sich an denjenigen demokratischen Prozes-  
260 sen zu beteiligen, die sie genauso betreffen. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert ein aktives  
261 und passives Wahlrecht auf allen Ebenen für alle Personen, die in der Bundesrepublik, ih-  
262 ren Ländern und Kommunen leben. Die Staatsbürger\*innenschaft darf kein Faktor mehr sein.  
263 Auch für Menschen ohne festen Wohnsitz und Asylbewerber\*innen muss das Wahlrecht in  
264 gleicher Form garantiert werden.

265 Ebenso dürfen grundlegende Rechte nicht davon abhängen, welcher Pass mitgetragen wird.  
266 Auch Menschen ohne festen Wohnsitz und Asylbewerber\*innen muss ein würdevolles Leben  
267 möglich sein, doch werden ihnen konsequent Grundrechte vorenthalten. Wir fordern über die  
268 Einhaltung der Grundrechte hinaus, dass die Rechte, die jeder\*em Bürger\*in zugestanden  
269 werden, tatsächlich für alle in Deutschland lebenden Menschen gelten. Es ist nicht erklärbar,  
270 dass ein Mensch nur wegen seiner Herkunft weniger Rechte hat und nur deutsche oder eu-  
271 ropäische Bürger\*innen vollwertig sind. Deshalb soll auch im Grundgesetz überall die Formu-  
272 lierung „Alle Deutsche“ durch „Alle Menschen“ ersetzt werden.

273 Ein weiterer wichtiger Schritt ist es, mehrfache Staatsbürger\*innenschaften auf unkompli-  
274 zierte Weise zu ermöglichen. Der Optionszwang steht diesem Ziel jedoch im Weg: jeder  
275 Mensch hat Anspruch darauf, sich jederzeit zu entscheiden, wo er leben, sich beteiligen und  
276 teilhaben möchte. All diese Forderungen müssen ebenso auf europäische und globale Ebene  
277 übertragen werden: unser Ziel ist es, das Konzept Staatsbürger\*innenschaft überflüssig zu  
278 machen und langfristig abzuschaffen.